

Auszug aus dem Protokoll über die 13. Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz am Donnerstag, 23. Oktober 1986

...

Vorsitz: Bürgermeister Prof. Hugo Schanovsky

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

...

Bürgermeister Prof. Hugo Schanovsky verliest die Deklaration "Linz als Friedensstadt":

"Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1986 zum Friedensjahr erklärt. Im Hinblick auf diese Erklärung leistet auch die Stadt Linz einen Beitrag zur Sicherung und Erhaltung des Friedens in der Welt, indem sie Friedenstag durchführt und durch eine Deklaration ein öffentliches Bekenntnis zum Friedensgedanken ablegt.

Aus Anlaß der vom heutigen Tag bis 8. November 1986 vorgesehenen Linzer Friedenstag darf ich Ihnen mitteilen, daß ein Kuratorium eingerichtet werden soll, das sich mit Friedensfragen befassen wird.

Das Motiv hierfür war insbesondere, daß die Bevölkerung der Stadt Linz im Zweiten Weltkrieg durch Bombenangriffe und andere Kriegshandlungen großes Leid erlitten hat. Tausende Linzerinnen und Linzer wurden in den beiden großen Weltkriegen getötet oder haben bleibende Behinderungen davongetragen, ganz zu schweigen von den materiellen Schäden.

In Hiroshima und Nagasaki wurden durch die ersten Atomexplosio-

nen rund 336.000 Menschen getötet. Tausende Menschen leiden noch 40 Jahre danach an den Folgen dieser Atomexplosionen.

Seither hat die weltweite Rüstung erschreckende Ausmaße angenommen. Es werden immer neuere und schrecklichere Waffensysteme entwickelt und stationiert. In einem nächsten Schritt ist nun auch die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum geplant. Die in den Arsenalen der Atommächte gelagerten Massenvernichtungswaffen würden ausreichen, um die gesamte Menschheit viele Male zu vernichten. Der Einsatz nur eines Teiles dieser Atomwaffen würde die größte Katastrophe in der Geschichte der Menschheit herbeiführen. Ein Atomkrieg würde die Zerstörung unserer Erde und das Ende der Menschheit bedeuten.

Von dieser atomaren Bedrohung sind alle Menschen in gleicher Weise betroffen. Nicht zuletzt das Reaktorunglück in Tschernobyl hat uns dramatisch vor Augen geführt, daß die radioaktive Strahlung keine Grenzen kennt. Als Land im Herzen Europas, an der Nahtstelle zwischen den großen Blöcken, wären wir von den Folgen eines atomaren Holocaust tödlich betroffen.

Zwei Drittel der Menschheit sind unzureichend ernährt. Täglich sterben mehr als 100.000 Menschen an Hunger, Unterernährung und medizinischer Unterversorgung. In den Entwicklungsländern gibt es mehr als 400 Millionen Arbeitslose; in den Industrieländern sind es mehr als 35 Millionen Arbeitslose.

Demgegenüber werden weltweit fast 2.000 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Rüstung ausgegeben. Ein großer Teil der Wissenschaftler in der ganzen Welt arbeitet ständig an der Entwicklung immer zerstörerischer und schrecklicherer Waffen.

Nur ein Bruchteil dieser Mittel würde ausreichen, um den Hunger weltweit zu beseitigen, alle Kinder gegen die vorherrschenden Krankheiten zu impfen, 300 Millionen Menschen mit menschenwürdigen Wohnungen auszustatten, 800 Millionen Analphabeten Lesen und Schreiben zu lernen und 1,5 Milliarden Menschen mit sauberem Trinkwasser zu versorgen. Mit den freiwerdenden Mitteln

könnte eine friedliche soziale Entwicklung der Länder der 'Dritten Welt' und die Bewältigung der großen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme der ganzen Welt sichergestellt werden.

Immer mehr Menschen erkennen, daß durch eine ständige Aufrüstung der Friede nicht gesichert werden kann, sondern immer neuere Bedrohungen und zusätzliche Risiken geschaffen werden. Im Interesse aller Menschen muß die Rüstungsspirale gestoppt und Abrüstung in Ost und West durchgesetzt werden. Viele Linzerinnen und Linzer haben sich in den letzten Jahren in Friedensfragen besonders engagiert. Die Erhaltung des Friedens ist mehr denn je zu einer zentralen menschlichen und politischen Aufgabe geworden. Zur Bewältigung dieser Aufgaben muß auch die Kommunalpolitik ihren Beitrag leisten. Zur Erreichung und Sicherung des Friedens in der Welt reichen internationale und staatliche Aktivitäten nicht aus, und es erlangen daher kommunale Friedensaktivitäten immer größere Bedeutung zur Herstellung des friedlichen Dialoges zwischen den Menschen und zur Erreichung eines umfassenden Friedensbewußtseins.

Die Stadt Linz hat schon bisher durch Städtepartnerschaften, durch Entwicklungshilfemaßnahmen, durch Internationale Wochen und durch Kulturaustausch einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung und zur Förderung des friedlichen Dialoges zwischen den Menschen geleistet. Das von der UNO anlässlich des 40. Jahrestages ihres Bestehens zum Jahr des Friedens ausgerufene Jahr 1986 gibt der Stadt Linz den Anstoß, Friedensarbeit und Friedensengagement als Bestandteil unserer Kommunalpolitik wahrzunehmen und für die Zukunft zu erklären.

Die Stadt Linz will sich in Zukunft gemeinsam mit der Linzer Bevölkerung den Bestrebungen vieler Städte und Gemeinden der Erde anschließen und einen aktiven Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der Welt leisten.

Durch verschiedene Veranstaltungen, Aktivitäten und durch öf-

öffentliche Erklärungen wird die Stadt Linz aktiv an der Erhaltung des Friedens in der Welt mitwirken. Im Rahmen der städtischen Einrichtungen sollen Friedensinitiativen, Friedensgruppen und das Friedensengagement der Menschen unterstützt und die Zusammenarbeit aller Friedenskräfte in Linz gefördert werden. Die Stadt Linz wird die Aufklärung und Information über Frieden und Friedensarbeit verstärken und Friedenserziehung und das allgemeine Friedensbewußtsein in den Schulen, Horten, Kindergärten und durch öffentliche Erklärungen fördern.

Die Erhaltung des Friedens ist die Sache aller Menschen, und es kommt daher der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte unserer Stadt eine besondere Rolle zu. Der Friede kann nur gemeinsam - über alle politischen, weltanschaulichen und religiösen Grenzen hinweg - erreicht werden.

Die 'Friedensstadt Linz' soll eine Stadt der Völkerverbindung, des friedlichen Dialoges zwischen den Menschen und des friedlichen Zusammenlebens werden.

Um diese Absicht auch künftig realisieren zu können, soll sich ein Kuratorium, in dem auch Persönlichkeiten anderer Institutionen, wie zum Beispiel der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik, der Österreichische Gewerkschaftsbund und die oberösterreichische Friedensbewegung, vertreten sind, mit den anstehenden Fragen befassen."